



An die
Landkreise
in Sachsen-Anhalt

Finanzwirtschaft
Az.: 900-01/wi
Tel.: 0391/56531-35
ruby@landkreistag-st.de

11. Mai 2017

Rundschreiben Nr. 259/2017

Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2017

Bezug: Unser Rundschreiben Nr. 417/2016 vom 31. August 2016

Kurzfassung:

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hat am 9. Mai 2017 die Ergebnisse des Kommunalpanels 2017 vorgestellt. Insgesamt offenbart das Kommunalpanel 2017 einen kommunalen Investitionsrückstand von 126 Mrd. Euro, der damit um 9,4 Mrd. Euro unter dem 2016 festgestellten Niveau liegt. Erstmals seit langem hätten auch finanzschwache Kommunen mehr investieren können. Bei den Landkreisen wird im Ergebnis ein nahezu gleichbleibender Investitionsstau im Umfang von 25,7 Mrd. Euro (2016: 25,4 Mrd. Euro) festgestellt.

Am 9. Mai 2017 hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) die Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2017 vorgestellt.

Seit 2010 wird das KfW-Kommunalpanel als jährliche Befragung von Städten und Gemeinden, seit 2011 auch unter Beteiligung der Landkreise, vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) durchgeführt. Ziel ist es, ein regelmäßiges Bild der kommunalen Finanzlage, der Investitionstätigkeit, des Investitionsrückstands sowie der kommunalen Finanzierungsbedingungen aus Perspektive der Kommunen zu geben. Mit einem von Jahr zu Jahr wechselnden Sonderthema - für 2017 das Thema „Kommunales Finanzmanagement“ - sollen zudem aktuelle Herausforderungen jeweils vertieft betrachtet werden.

Das KfW-Kommunalpanel hat sich als eine anerkannte und „neutrale“ Quelle etabliert, die jedes Jahr ein aktuelles Abbild über den kommunalen Investitionsrückstand liefert. Seitens des Deutschen Landkreistages (DLT) ist stets Wert darauf gelegt worden, dass diese Informationen nicht nur für die kommunale Ebene insgesamt,

Albrechtstr. 7
39104 Magdeburg

Tel. (0391) 56 53 1 - 0
Fax (0391) 56 53 1 - 90

verband@landkreistag-st.de
<http://www.kommunales-st.de>

Stadtsparkasse Magdeburg
IBAN: DE98 8105 3272 0037 0030 87
BIC: NOLADE21MDG

sondern für die Landkreisebene separat aufbereitet werden. Die entsprechenden Informationen fließen auch in den jährlichen Kreisfinanzbericht des DLT ein.

Mit dem Kommunalpanel 2017 wurden Daten und Einschätzungen

- zur finanziellen Lage der Kommunen,
- zu Investitionen, darunter Investitionsbereiche und -rückstand,
- zur Investitionsfinanzierung und Kassenkredite,
- zum „kommunalen Finanzmanagement“ (Sonderthema) sowie
- zu Finanzierungsbedingungen

erfragt. Der Fragebogen war mit den kommunalen Spitzenverbänden auf Bundesebene abgestimmt. Um das Profil des KfW-Kommunalpanels zu schärfen, wurde die Befragung wie bereits im Vorjahr als echte „Panelbefragung“ (Befragung der gleichen Kommunen über mehrere Jahre hinweg) organisiert. Gleichzeitig wurde der Versuch unternommen, methodische Schwächen früherer Erhebungen durch flankierende Maßnahmen zu vermeiden bzw. zu reduzieren. Die Erhebungsgrundgesamtheit umfasste alle Großstädte, Mittelstädte und Landkreise sowie eine geschichtete Stichprobe kleinerer Städte und Gemeinden. Von den 294 Landkreisen hatten sich 82 an der Umfrage beteiligt; dies entspricht einer Beteiligungsquote von knapp 28 %.

Der wahrgenommene Investitionsrückstand ist dem Kommunalpanel 2017 zufolge gegenüber dem Vorjahr um 9,4 Mrd. Euro auf 126,3 Mrd. Euro gesunken. Die KfW wertet dies als ersten Erfolg der Bemühungen von Bund, Ländern und Kommunen, auch wenn es zu früh sei, Entwarnung zu geben. Gerade bei den Straßen und den Schulen sei der Nachholbedarf mit 34 Mrd. Euro bzw. 33 Mrd. Euro weiterhin sehr hoch. Die KfW stellt dabei fest, dass erstmals seit langem auch finanzschwache Kommunen mehr investieren konnten. Die regionalen Disparitäten bestünden aber weiter. An der Lösung dieses Problems müssten alle föderalen Ebenen weiterarbeiten. Die KfW betont dabei, dass kurzfristige Fördermaßnahmen zwar helfen, aber letztlich eine dauerhafte Stärkung der kommunalen Finanzen notwendig sei.

Bei der Bewertung des Investitionsrückstands spielen subjektive „Dringlichkeitseinschätzungen“ und Zukunftserwartungen eine wichtige Rolle. Für die Landkreise bleibt bei einer Veränderung von 25,4 Mrd. Euro auf 25,7 Mrd. Euro die Einschätzung des Rückstands nahezu gleich. Die größten Defizite bestehen im Landkreisbereich bei den Schulen (13,1 Mrd. Euro = 249,48 Euro pro Kopf, Zuwachs: 1,8 Mrd. Euro) und bei den Straßen (4,7 Mrd. Euro = 92,80 Euro pro Kopf, Minderung um 1,1 Mrd. Euro). 69 % (Schulen) bzw. 61 % (Straßen) der antwortenden Landkreise bezeichnen den Investitionsrückstand hier als gravierend bzw. nennenswert.

Große Investitionslücken bestehen auf Kreisebene weiterhin auch bei der Gesundheitsinfrastruktur (2,4 Mrd. Euro, Einstufung als gravierend bzw. nennenswert: 48 %) und im Bereich der öffentlichen Verwaltungsgebäude (2,8 Mrd. Euro, Einstufung als gravierend bzw. nennenswert: 41 %), wobei jedoch der wahrgenommene Investitionsrückstand abgenommen hat. Für die Informationsinfrastruktur, zu der auch die Kreisinvestitionen zur Breitbandversorgung zählen, beziffern die Landkreise schließlich den Investitionsstau auf 0,7 Mrd. Euro (Einstufung als gravierend bzw. nennenswert: 32 %).

Insgesamt gehen die antwortenden Kommunen davon aus, dass in den nächsten fünf Jahren der Investitionsstau weiter aufgelöst werden kann. Bei den Landkreisen sind die Erwartungen im Vergleich zum Vorjahr leicht verbessert. 71 % (Vorjahr: 79 %) der antwortenden Landkreise geht im Bereich Straßen und Verkehr von ähnlich groß bleibenden oder wachsenden Investitionsrückständen aus. Für den Schulbereich 45 % (Vorjahr: 46 %) und den Bereich der öffentlichen Verwaltungsgebäude 56 % (Vorjahr: 63,2 %) sind die Erwartungen ebenfalls leicht verbessert. Kritisch wird angemerkt, dass eine Reihe von Investitionsprojekten nicht umgesetzt werden könnte, weil die Kapazitäten in der Verwaltung und der Bauwirtschaft begrenzt seien.

Ein besorgniserregendes Thema bleiben die unzureichenden Unterhaltungsleistungen, auch wenn sich hier eine Verbesserung im Vorjahresvergleich zeigt. Bei der Straßenverkehrsinfrastruktur konnten gerade einmal 48 % (Vorjahr: 39 %) der Kommunen in den vergangenen fünf Jahren notwendige Maßnahmen des Unterhalts vollständig oder weitgehend gewährleisten (Landkreise: 65 %, Vorjahr: 52,9 %). Im Bereich der Schulen sind es 69 % (Landkreise: 64 %), bei den öffentlichen Verwaltungsgebäuden 64 % (Landkreise: 63 %).

Die Rahmenbedingungen für die Kreditaufnahme zur Finanzierung kommunaler Investitionen waren zum Zeitpunkt der Befragung weiterhin gut. Gegenüber der Vorjahresbefragung ist der Anteil der Kommunen, die Eigenmittel zur Finanzierung ihrer Investitionen einsetzen, nahezu gleich. Hochgerechnet auf alle Kommunen liegt dieser Anteil bei 89 % (Vorjahr: 89,9 %). Bei den Landkreisen liegt der Wert mit 82 % (Vorjahr: 80 %) sichtbar niedriger.

Der Anteil der Kommunen, die zweckgebundene Zuschüsse aus dem kommunalen Finanzausgleich nutzen, liegt bei 68 % (Landkreise: 74 %). Der Anteil beantragter Fördermittel liegt höher bei 87 % (Landkreise: 83 %). Der Anteil der Kommunen, die ihre Investitionen über Kommunalkredite finanzieren, ist mit 64 % deutlich niedriger als im Vorjahr (72 %). Anteilig greifen 74 % der Landkreise auf Kommunalkredite zurück (Vorjahr: 88 %). Mit 32,9 % (Vorjahr: 35 %) ist der kommunalkreditfinanzierte Anteil im Ebenenvergleich bei den Landkreisen auch am höchsten, während der Eigenmittelanteil im Vergleich zum Vorjahr weiter gesunken ist und mit 30,4 % deutlich unter dem gesamtkommunalen Wert (43,2 %) liegt.

Beim Sonderthema „kommunales Finanzmanagement“ bestätigt sich die Einschätzung, dass ein ausdifferenziertes kommunales Finanzmanagement vor allem ein Thema der Großstädte ist. Von Landkreisseite werden insbesondere eine weitere Qualifizierung und Schulung des Personals, einfachere Produkte der Kreditinstitute sowie Kennzahlen und IT-gestützte Portfolio-Analysen als Ansatzpunkte für eine Verbesserung des Finanzmanagements angeführt.

Wegen der weiteren Einzelheiten nehmen wir auf die beigefügten **Anlagen** Bezug.



Theel

Anlagen
(**nur** digital)